Chefin und Nachwuchs: *Kanzlerin und CDU-Bundesvorsitzende Angela Merkel und JU-Vorsitzender Paul Ziemiak auf dem Deutschlandtag im Oktober* Fotos dpa

Willkommen in der Projektdemokratie

Junge Menschen tun sich nicht unbedingt schwer mit Politik – oft sind ihnen vielmehr die Parteien fremd. Eine Herausforderung für deren Jugendorganisationen.

Von Johannes Mohren

„Parteien können abschrecken“: *Uekermann auf dem Juso-Kongress*

BERLIN, im Dezember

Hinterhof, erste Etage, ehemaliges Ost-Berlin. Der riesige Bildschirm des Apple-Rechners, hinter dem Janis Walter sitzt, hat etwas Unwirkliches, hier, wo der Mief vergangener Jahrzehnte noch nicht vollends verzogen ist – und man den Kapitalismus überwinden will. Walter, 24 Jahre alt, ist einer von acht Bundessprechern der Linksjugend Solid, der parteinahen Jugendorganisation der Linkspartei. Einer Jugendorganisation, die wächst, seit sie sich 2007 aus mehreren linken Jugendverbänden zusammenschloss. 2007 waren es 2629 aktive Mitglieder, 2014 bereits 5359. Mit den Mitgliedern der Linkspartei unter 35 Jahren, die als passive Mitglieder der Linksjugend geführt werden, so sagt er, „kommen wir ungefähr auf das Doppelte“.

Man stehe „quer zum Trend“, beschreibt Walter die Lage. Die Linksjugend Solid ist ein Gegenbeispiel zu dem, was bei anderen Jugendorganisationen zu beobachten ist, die es fast als positiv werten müssen, wenn in den vergangenen Jahren eine gewisse Konstanz in ihren Zahlen zu verzeichnen ist. Die Junge Union, die mit Abstand größte Jugendorganisation, hat derzeit rund 115 000 Mitglieder, pro Jahr werden es rund 2000 weniger. Die Jusos liegen seit zehn Jahren etwa gleichbleibend bei 50 000 Mitgliedern, die Jungen Liberalen haben nach einem Hoch im Jahr 2010 mit fast 13 000 Mitgliedern nun weniger als 10 000, und die Grüne Jugend stabilisiert sich leicht unterhalb der 8000 Mitglieder. Aufwind sieht anders aus.

Dennoch ist es der Blick auf die Parteien – gerade CDU und SPD –, der relativiert, weil er verrät, dass es noch schlimmer geht. 275 000 Mitglieder verlor die SPD von der Jahrtausendwende bis zum vorigen Jahr, die CDU im gleichen Zeitraum 160 000. Und auch die jüngste Shell-Jugendstudie ist ernüchternd. Denn sie stellt zwar fest, dass es eine Repolitisierung der Jugend gibt und sich mit 46 Prozent wieder deutlich mehr Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren „ganz allgemein für Politik interessieren“ als 2002, als die Entwicklung ihren absoluten Tiefpunkt erreichte und nur noch 34 Prozent das von sich sagten. Sie kommt aber auch zu dem Schluss, dass die Parteien davon nicht profitieren können. „Wir sehen nun noch deutlicher, was wir schon immer geahnt haben: Wir haben es nicht mit einer Politik-, sondern mit einer Politiker- und vor allem Parteienverdrossenheit zu tun“, sagt Mathias Albert, Politikwissenschaftler an der Universität Bielefeld, der die Studie federführend betreute.

Die Sondersituation bei der Linksjugend Solid ist unter einem gewissen Vorbehalt zu betrachten. Die Jugendorganisation in dieser Form ist noch vergleichsweise jung, wächst am stärksten im Westen, speziell in Nordrhein-Westfalen, und schöpft dort im Aufbau und der Phase unmittelbar danach vorhandene Potentiale ab. „Es nur darauf zu reduzieren wäre aber falsch“, sagt Walter. Auch im Osten wachse die Organisation deutlich, auch dort werde das größer, was Walter als ein „linkes, strömungsübergreifendes Projekt“ bezeichnet. Er nennt damit ein Schlüsselwort. „Projektbezogen“, das taucht so oder so ähnlich überall auf. Bei den Jugendorganisationen unabhängig von ihrer politischen Couleur und auch in der Shell-Studie. Man müsse den Jugendlichen ermöglichen, „punktuell und projektorientiert“ mitzuarbeiten, heißt es dort. „Die Jugendlichen begeben sich ungerne in feste Organisationsformen, wollen sich nicht – salopp gesagt – zweimal im Monat im Hinterzimmer der Dorfwirtschaft treffen. Sie sind am empfänglichsten, wenn ihre Mitarbeit unmittelbare Folgen zeigt“, sagt Albert.

„Die Zeit ist knapp, die Angebote sind riesig, und die Generation Smartphone ist ungeduldiger geworden“, beschreibt Conrad Clemens, Bundesgeschäftsführer der Jungen Union, die Gründe. Da nehme er sich selbst nicht aus. Wenn man im Internet einen Klick im Online-Shop mache, werde am Tag darauf geliefert – dagegen wirke eine parteiliche Jugendorganisation mit über hunderttausend Mitgliedern in ihren Abläufen und Entscheidungsprozessen manchmal „sehr behäbig“. Ähnlich sieht man es bei den Jusos. Deren Vorsitzende, Johanna Uekermann, sagt: „Parteien können abschrecken.“ Die Positionen seien nicht immer klar erkennbar, und man brauche einen langen Atem, um seine Sache zum Erfolg zu bringen. In der Jugendorganisation der SPD liege der Fokus deshalb inzwischen stärker auf Kampagnenarbeit. „Fünf, sechs Monate ein Thema, ein klarer Standpunkt, ein Projekt“ sollen über punktuelle Teilhabe den Weg zu parteilichem Engagement ebnen. Gut sichtbar sei das beim Thema Flüchtlinge. Vom Leitfaden, wie Hilfe aussehen könne, bis zu Aktionen vor Ort – die Jusos brächten sich ein. Flüchtlingsarbeit, das ist ein Bereich, in dem man junge Leute vermutet, die über die spontane ehrenamtliche Hilfe hinaus auch einem parteilichen Engagement nicht abgeneigt sind. Mobilisierungspotential also. „Da gibt es die Einstellung unter den Helfern: Wir reißen etwas. Wenn wir das hier hinkriegen, können wir auch dem Staat zeigen, wie es geht“, sagt Uekermann.

„Projektbezogen zu arbeiten und darüber Leute für die Jugendorganisation zu gewinnen ist schon ein gutes Mittel“, sagt Clemens. Beim Einsatz für das Freihandelsabkommen TTIP habe man das zuletzt gemerkt. Das Prestigeprojekt schlechthin sei immer wieder der Wahlkampf, der führe zu einer großen Dynamik. Aber auch auf anderem Wege versucht die Junge Union, Tempo aufzunehmen. Das beginnt bei der Kontaktaufnahme als potentielles Neumitglied. Früher, sagt Clemens, habe man auf der Website ein Formular ausfüllen müssen, das sei dann an den entsprechenden Kreisverband gegangen, und der habe sich schließlich zurückgemeldet. Bis es dann bei einem ersten Treffen zu einem persönlichen Kontakt gekommen sei, habe es oft Wochen gedauert. Jetzt gibt es ein Video via Whatsapp aufs Handy, personalisiert. Im Bild: der Bundesvorsitzende Paul Ziemiak. Zudem profitiert die Junge Union von ihrer Größe. „Wir sind sehr dezentral und sehr stark in der Fläche. Über diese lokale Ebene schaffen wir eine niedrige Schwelle“, sagt Clemens. „Es macht mehr Bock, dort hinzugehen, wo schon andere Gleichaltrige sind.“

Dennoch schrumpft die Junge Union. Die Shell-Studie zeige auch nur eine Wende, keinen Aufbruch, keinen Anschluss an alte Verhältnisse, sagt Parteienforscher Elmar Wiesendahl. In den Jugendorganisationen wehrt man sich lautstark gegen die oft als unpolitisch verschriene Jugend von heute, die Shell-Studie ist Balsam. „Wenn lamentiert wird, Jugendliche seien unpolitisch und ichbezogen, ist das fast überall ein Applausgarant“, sagt Konstantin Kuhle, Vorsitzender der Jungen Liberalen. Es gebe sie ja auch, die Neueintritte, betonen die Jugendorganisationen, nur dass schlichtweg mehr Mitglieder altersbedingt ausschieden. Das diagnostizierte gestiegene politische Interesse sei aber ein guter Nährboden, sagt Kuhle – „besser, als wenn das Ergebnis wäre, es interessiert sich per se keiner“.

Zurück zum omnipräsenten Projekt. Ist es vielleicht das, was aus dem guten Nährboden einen Aufschwung machen kann – gewinnt man damit langfristig junge Leute für die Parteiarbeit? Einige wenige würden vielleicht dabeibleiben, sagt Wiesendahl. Die meisten jedoch wollten sich nicht binden: „Die sind eventorientiert, da geht es um das kurzfristige Happening.“ Parteiarbeit, auch in der Jugendorganisation, sei aber anstrengend, verlange Beharrlichkeit und sei mit Frustration verbunden. Um diese Kluft weiß man in den Jugendorganisationen. Projekte könnten durchaus Gründe vermitteln, sich einer Jugendorganisation anzuschließen, sagt Kuhle: „Sie sind aber kein Allheilmittel.“ Weil konventionelle Parteiarbeit anders funktioniert, „mehr ist als Projektarbeit, mehr als eine Nichtregierungsorganisation“, betont auch JU-Geschäftsführer Clemens. Die Entscheidung für eine Jugendorganisation sei eine Entscheidung für ein Gesamtpaket, sagt Moritz Heuberger, Bundessprecher der Grünen Jugend: „Mehr junge Leute, die ihre Meinung äußern – bei Demonstrationen oder in Petitionen –, zeigen, dass politisches Interesse niederschwellig da ist. Aber der Schritt zum Engagement in einer Partei ist noch etwas anderes.“ Und Clemens betont: „Natürlich ist es wichtig, die Jugendlichen cool und hip anzusprechen.“ Aber es gehe auch um Verlässlichkeit, um die Verantwortung, mal Dinge zu machen, auf die man keine Lust habe.

In dem Bemühen, dennoch Lust zu machen auf parteiliche Jugendorganisationen, ist das Internet inzwischen einer, wenn nicht der wichtigste Zugang zur Klientel. „Wichtig ist, außerhalb, aber natürlich eben auch im Internet immer zu schauen, wo bei einer Sache die konkrete jugendpolitische Relevanz ist“, sagt Kuhle. Dann gelte es, unkonventionell zu sein. Das kann auch bedeuten, wie der Vorstand der Jungen Liberalen Anfang 2014 in der Europawahl-Kampagne bei Facebook Tausenden Usern im Kommune-1-Stil den nackten Hintern zu zeigen. Oder aber virale Filme im Internet ohne großen Aufwand zu produzieren. Anders als die Parteien. 2,6 Punkte gab es für diese in der Shell-Studie gerade einmal auf einer Skala von eins bis fünf – weniger als für Menschenrechtsgruppen, weniger als für die Bundeswehr, ja weniger als für große Unternehmen. Man habe das Gefühl, das online schon ganz gut zu machen, sagt Kuhle, der in einem Spot selbst zum Schauspieler wird und seine „Beziehungsprobleme“ erläutert – mit der Europäischen Union.

Bei der Jungen Union ist das Social-Media-Team zwanzigköpfig, so groß ist die Gruppe der Freiwilligen, die nun die JU-Kanäle betreut. „Wir haben gesagt: Wir vertrauen euch, legt los“, sagt Clemens. Schneller Verantwortung übertragen, das sei auch in anderen Bereichen wichtig und werde bereits temporär praktiziert – „das muss sich aber auch in der Satzung spiegeln“. Social Media verstärke alles, sagt auch Moritz Heuberger. Es ersetze die Straße als Hauptzugangsweg zu den Menschen nicht, aber es multipliziere. Eine Reichweite von 10 000 Menschen lasse sich sehr schnell erreichen. Das sei schon mehr, als die Grüne Jugend Mitglieder habe. Als diese am 3. Oktober bei Facebook schrieb: „Am 3. Oktober wurde ein Land aufgelöst, und viele freuen sich noch 25 Jahre danach. Warum sollte das nicht noch einmal mit Deutschland gelingen?“, fand diese provokante Frage ein enormes Echo, ploppte bei über einer halben Million Menschen in der Facebook-Timeline auf. Über Social Media, da sind sich die Jugendorganisationen einig, könne man für sich begeistern: „Das ist die Demokratie der Gegenwart, es ist sehr politisch, was Jugendliche auf diesen Kanälen schreiben. Es findet ein massiver Diskurs statt“, sagt Clemens. Das, so sagen alle, führe auch zu Beitritten. Sie sind dringend nötig.

Ruander in Frankfurt zu lebenslanger Haft verurteilt

„Rwabukombe handelte mit Völkermord-Absicht“

stah. FRANKFURT, 29. Dezember. Das Oberlandesgericht Frankfurt hat den Ruander Onesphore Rwabukombe am Dienstag zu lebenslanger Haft wegen Völkermordes verurteilt. Das Gericht stellte zudem die besondere Schwere der Schuld fest, was eine vorzeitige Haftentlassung Rwabukombes ausschließt. Im Februar 2014 war der Ruander von dem gleichen Gericht bereits wegen Beihilfe zum Völkermord in Ruanda zu 14 Jahren Haft verurteilt worden. Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe hob das Urteil im Mai 2015 jedoch auf und verwies den Fall mit der Begründung zurück nach Frankfurt, dass der Mann nicht nur Beihilfe, sondern täterschaftlichen Völkermord begangen habe. Schon das Frankfurter Oberlandesgericht hatte es nach einem drei Jahre dauernden Prozess als erwiesen angesehen, dass Rwabukombe an einem Massaker vor einer Kirche in Ruanda mitgewirkt hatte.

Der Vorsitzende Richter Josef Bill sagte am Dienstag zur Begründung der lebenslangen Haftstrafe, mangels Aussage des Angeklagten müssten die objektiven Umstände bewertet werden. Das Massaker vom 11. April 1994, an dem Rwabukombe beteiligt war, sei beispielhaft für die Massaker während des ruandischen Völkermordes gewesen. Mehr als vierhundert Tutsi-Flüchtlinge waren auf dem Kirchengelände von Kiziguro ermordet worden. Der heute 58 Jahre alte Rwabukombe war Bürgermeister in einer Nachbargemeinde, dessen Bewohner (vornehmlich Hutu) mit ihm vor den Wirren des Krieges zwischen der Hutu-Regierung und den aus Uganda anrückenden Tutsi-Truppen des heutigen Präsidenten Paul Kagame flohen. Sie ließen sich in einem Flüchtlingslager nahe dem Tatort Kiziguro nieder – unter Führung Rwabukombes. Er gehörte der örtlichen Führung der Regierungspartei MRND an, deren Jugendorganisation „Interahamwe“ im Rahmen der „Hutu Power“-Bewegung maßgeblich am Völkermord beteiligt war.

Auf dem benachbarten Kirchengelände hatten zum Tatzeitpunkt mindestens 450 Tutsi Schutz gesucht. Um das Gelände hatten sich Hunderte Soldaten, Gendarmen, Gemeindepolizisten sowie Angehörige von Milizen und Zivilisten, die mit Macheten, Beilen, Hacken und ähnlichem Werkzeug bewaffnet waren, zusammengerottet, um das Kirchengelände anzugreifen. Nach Ansicht des Gerichts gab Rwabukombe gemeinsam mit anderen örtlichen Autoritätspersonen den Befehl zum Angriff. Daraufhin töteten die Angreifer die allermeisten der Flüchtlinge, überwiegend mit den mitgebrachten Waffen. Es sei zu Plünderungen und Vergewaltigungen gekommen.

Im Hauptverfahren gegen den früheren Bürgermeister hatten die Frankfurter Richter nicht eindeutig feststellen können, ob Rwabukombe mit Völkermordabsicht handelte und ob seine Mitwirkung als „Täterschaft“ einzustufen ist. Der nun zuständige vierte Strafsenat sieht Rwabukombes Absicht deutlich: Es habe sich um Völkermord gehandelt, weil sich die Tat nicht gegen Personen, sondern gegen eine Volksgruppe – die Tutsi – gerichtet habe.

Rwabukombe, der in den achtziger Jahren in Trier Tiefbau studiert hatte, lebte seit 2002 als Flüchtling wieder in Deutschland (Aktenzeichen 4–3 StE 4/10 – 4 – 1/15).

Im Gespräch: Martin Kobler, Sondergesandter für Libyen

„Nur eine geeinte libysche Armee kann IS besiegen“

Herr Botschafter, 250 Vertreter der beiden rivalisierenden Parlamente und der Zivilgesellschaft in Libyen haben unter der Obhut der UN einem Abkommen zugestimmt. Was bedeutet das?

Dieses Abkommen ist Abschluss und Anfang zugleich. Nach Monaten des Verhandelns gibt es eine Grundlage für das Ende des Bürgerkriegs. Damit beginnt aber auch eine harte Arbeit an der Basis; denn der Versöhnungsprozess muss nun in alle Regionen des Landes getragen werden. Schon während der nächsten 30 Tage soll dieser aus neun Köpfen bestehende Präsidentschaftsrat von Mitgliedern beider Parlamente eine Einheitsregierung bilden, also Minister benennen, die wieder eine zentrale Macht in Libyen schaffen, so dass in zwei Jahren gewählt werden kann. Regierungssitz soll die Hauptstadt Tripolis sein.

Konnten seit der Übereinkunft neue Partner gefunden werden?

Die Träger des Versöhnungsgedankens in Libyen versuchen, von der Basis her den Einheitsprozess zu verstärken. So haben sich Bürgermeister zusammengefunden, die das politische Abkommen mittragen. Eine wichtige Rolle spielen die Stämme vor allem im Osten des Landes, aber auch die Frauen- und Jugendverbände sowie die politischen Parteien. Mittlerweile wird das Abkommen von der Mehrheit des Parlaments von Tobruk unterstützt. Mir kommt es im Rahmen der UN darauf an, auch die an Bord zu holen, die das Abkommen noch ablehnen.

Seit dem Zerfall des Gaddafi-Regimes 2011 tobt ein Bürgerkrieg in Libyen, den keine Seite bislang für sich entscheiden konnte. Was gibt gerade jetzt Hoffnung auf einen Ausgleich?

Die Gefahr der Ausbreitung des „Islamischen Staats“ (IS) sehen alle, mit denen ich in den vergangenen Wochen geredet habe. Seit Herbst 2014 hält der IS die wichtige Hafenstadt Sirte im Griff und macht sich damit im Herzen Libyens breit. Mittlerweile versuchen seine Milizen, bis zu den Ölfeldern im Süden vorzudringen. An der Küste sind die Raffinerien am Golf von Sirte bedroht. Auch besteht die Furcht, der IS könnte sich mit der Terrorgruppe Boko Haram aktiv vereinen, wenn die IS-Ausbreitung nach Süden nicht endlich gestoppt wird.

Und da kann man hoffen, dass eine schwache Einheitsregierung den IS-Vormarsch stoppt?

Tatsächlich muss es darum gehen, dass diese Einheitsregierung es schafft, wieder eine libysche Armee zusammenzufügen, die gegen den IS kämpfen kann. Es geht um eine ordnende Macht für das gesamte Staatsgebiet, die auch die verbrecherischen Aktionen vieler Clans, zum Beispiel beim Menschenhandel, unter Kontrolle bringt. Einen Dialog mit dem IS kann es genauso wenig geben wie einst mit den Terroristen von Al Qaida. Aber nur eine geeinte libysche Armee kann den Kampf gegen den IS aufnehmen, und nur eine effektiv arbeitende Einheitsregierung kann dann die internationale Gemeinschaft um Unterstützung in dieser Auseinandersetzung bitten.

Welche Rolle spielen die anderen arabischen und die afrikanischen Staaten?

Bei den Beratungen, auch auf dem internationalen Libyen-Treffen in Rom, waren eine Reihe arabischer Staaten und die Afrikanische Union dabei. Sie eint ebenfalls der Wunsch, den IS zurückzudrängen. Das trifft vor allem auf die Nachbarstaaten Ägypten, Tunesien, Algerien und Marokko sowie in Afrika auf Tschad und Niger zu. Eine besonders wichtige und konstruktive Rolle spielt die Regierung in Kairo. Trotz ihrer unterschiedlichen politischen Anschauungen in Bezug auf Libyen ziehen auch die Regierungen Abu Dhabis, Qatars und der Türkei an einem Strang.

Und was ist Ihre Rolle?

Meine Aufgabe ist die Koordination all dieser Bemühungen um eine starke Regierung der nationalen Einheit. Dafür habe ich in den letzten Tagen nach dem Treffen von Rom weiter versucht, die Koalition der Unterstützer für den Frieden zu vergrößern, und bin auch in schwierigen Regionen Libyens unterwegs. Ich werde weiter auch mit denen reden, die sich gegen das Abkommen stemmen; denn es ist unerlässlich, im Gespräch zu bleiben. Anfang 2015 mussten die UN ihr Büro in Tripolis aufgeben und nach Tunis evakuiert werden. Ich hoffe, dass wir möglichst bald wieder in Tripolis unsere Fahne hissen können.

Die Fragen stellte **Jörg Bremer.**

Frankfurter Allgemeine
Frankfurter Zeitung
Gründungsherausgeber Erich Welter †

VERANTWORTLICHE REDAKTEURE: für Innenpolitik: Dr. Jasper von Altenbockum; für Außenpolitik: Klaus-Dieter Frankenberger, Dr. Nikolas Busse (stv.); für Nachrichten: Dr. Richard Wagner; für „Zeitgeschehen“: Dr. Reinhard Müller; für „Die Gegenwart“: Dr. Daniel Deckers; für Deutschland und die Welt: Dr. Alfons Kaiser; für Politik Online: Thomas Holl; für Wirtschaftspolitik: Heike Göbel; für Wirtschaftsberichterstattung und Unternehmen: Carsten Knop; für Finanzen: Gerald Braunberger; für Wirtschaft Online: Patrick Bernau; für Sport: Anno Hecker, Peter Penders (stv.); für Sport Online: Tobias Rabe; für Feuilleton: Dr. Edo Reents; Andreas Platthaus (stv.), Dr. Julia Voss (stv.); für Literatur und literarisches Leben: Felicitas von Lovenberg; für Feuilleton Online: Michael Hanfeld; für Rhein-Main-Zeitung: Dr. Matthias Alexander (Stadt), Peter Lückemeier (Region).

FÜR REGELMÄSSIG ERSCHEINENDE BEILAGEN UND SONDERSEITEN: Beruf und Chance: Sven Astheimer; Bildungswelten: Dr. h.c. Heike Schmoll; Der Betriebswirt: Georg Giersberg; Der Volkswirt: Dr. Philip Plickert; Die Lounge: Johannes Pennekamp; Die Ordnung der Wirtschaft: Heike Göbel; Geisteswissenschaften: Dr. Lorenz Jäger; Immobilien: Michael Psotta; Jugend schreibt: Dr. Ursula Kals; Jugend und Wirtschaft: Lisa Becker; Kunstmarkt: Dr. Rose-Maria Gropp; Medien: Michael Hanfeld; Menschen und Wirtschaft: Jan Grossarth; Natur und Wissenschaft: Joachim Müller-Jung; Neue Sachbücher: Hannes Hintermeier; Politische Bücher: Prof. Dr. Rainer Blasius; Recht und Steuern: Prof. Dr. Joachim Jahn; Reiseblatt: Freddy Langer; Staat und Recht: Dr. Reinhard Müller; Technik und Motor: Holger Appel.

Bildredaktion: Christian Pohlert; **Chefin vom Dienst:** Dr. Elena Geus; **Grafische Gestaltung:** Johannes Janssen; **Informationsgrafik:** Thomas Heumann.

GESCHÄFTSFÜHRUNG: Thomas Lindner (Vorsitzender); Burkhard Petzold.

VERANTWORTLICH FÜR ANZEIGEN: Ingo Müller; für Anzeigenproduktion: Andreas Gierth.

Anzeigenpreisliste Nr. 75a vom 1. Juli 2015 an; für Stellenanzeigen: F.A.Z.-Stellenmarkt-Preisliste Nr. 9 vom 1. Januar 2015 an.

MONATSBEZUGSPREISE: Abonnement Frankfurter Allgemeine Zeitung 59,90 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 66,90 €; Studierende (gegen Vorlage einer Bescheinigung) 30,40 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Hochschulanzeiger 30,90 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 35,90 €. Bei Postbezug der Sonntagszeitung erfolgt die Lieferung am Montag – bei Feiertagen am darauffolgenden Werktag. Frankfurter Allgemeine Zeitung im Ausland 68,50 € einschließlich Porto, gegebenenfalls zuzüglich Luftpostgebühren. Alle Preise bei Zustellung frei Haus, jeweils einschließlich Zustell- und Versandgebühren sowie 7 % Umsatzsteuer. Abonnement der digitalen F.A.Z. (E-Paper) 39,90 €; einschließlich der digitalen Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung (E-Paper) 44,90 €; Studierende (gegen Vorlage einer Bescheinigung) 30,90 €; einschließlich der digitalen Sonntagszeitung 35,90 € Einzelverkaufspreis der digitalen F.A.Z. 1,70 €; der digitalen F.A.S. 3,10 €; jeweils einschließlich 19 % Umsatzsteuer. Weitere Preise auf Anfrage oder unter www.faz.net. Die F.A.Z. erscheint werktäglich, die Sonntagszeitung an jedem Sonntag – auch an Feiertagen. Ihre Daten werden zum Zweck der Zeitungszustellung an Zustellpartner und an die Medienservice GmbH & Co. KG, Hellerhofstraße 2–4, 60327 Frankfurt am Main, übermittelt.

Abonnementskündigungen sind schriftlich mit einer Frist von 20 Tagen zum Monatsende bzw. zum Ende des vorausberechneten Bezugszeitraumes möglich. Gerichtsstand Frankfurt am Main.

NACHDRUCKE: Die Frankfurter Allgemeine Zeitung wird in gedruckter und digitaler Form vertrieben und ist aus Datenbanken abrufbar. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung oder der in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen, besonders durch Vervielfältigung oder Verbreitung, ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urhebergesetz nicht anderes ergibt. Besonders ist eine Einspeicherung oder Verbreitung von Zeitungsinhalten in Datenbanksystemen, zum Beispiel als elektronischer Pressespiegel oder Archiv, ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

Sofern Sie Artikel dieser Zeitung nachdrucken, in Ihr Internet-Angebot oder in Ihr Intranet übernehmen oder per E-Mail versenden wollen, können Sie die erforderlichen Rechte bei der F.A.Z. GmbH online erwerben unter www.faz-rechte.de. Auskunft erhalten Sie unter nutzungsrechte@faz.de oder telefonisch unter (069) 7591-2985. Für die Übernahme von Artikeln in Ihren internen elektronischen Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte unter www.presse-monitor.de oder telefonisch unter (0 30) 28 49 30, PMG Presse-Monitor GmbH.

© FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG GMBH, FRANKFURT AM MAIN

DRUCK: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Kurhessenstraße 4 – 6, 64546 Mörfelden-Walldorf; Märkische Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH Potsdam, Friedrich-Engels-Straße 24, 14473 Potsdam; Süddeutscher Verlag Zeitungsdruck GmbH, Zamdorfer Straße 40, 81677 München.

Amtliches Publikationsorgan der Börse Berlin, Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, Frankfurter Wertpapierbörse, Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg, Niedersächsischen Börse zu Hannover, Börse München, Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart

ANSCHRIFT FÜR VERLAG UND REDAKTION:
Postadresse: 60267 Frankfurt am Main, Hausanschrift: Hellerhofstraße 2 – 4, 60327 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

TELEFON: (069) 7591-0. Anzeigenservice: (069) 7591-33 44. Abonnentenservice: 01 80 - 2 34 46 77 (6 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz, aus Mobilfunknetzen maximal 42 Cent pro Minute) oder www. faz.net/leserportal.
Telefax: Anzeigen (0 69) 75 91-23 33; Redaktion (0 69) 75 91-17 43; Vertrieb (0 69) 75 91-21 80.

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER: leserbriefe@faz.de

Deutsche Postbank AG, Frankfurt am Main;
IBAN: DE58 5001 0060 0091 3936 04; BIC: PBNKDEFF

Für die Herstellung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.

BEILAGENHINWEIS: Der heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt der Firma **Telekom Shop Vertriebsgesellschaft mbH** bei.